

WOCHENENDSEMINAR

für kommunale Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeiräte

Zentrale Herausforderungen kommunaler Beiratsarbeit

ver.di Bildungszentrum
Schlossallee 33, 35075 Gladenbach



Anmeldung und Rückfragen:
agah@agah-hessen.de



5. und 6. Dezember 2026

Samstag, 05.12.2026

Modernisierung und Weiterentwicklung der Beiräte am Beispiel der Hessischen Gemeindeordnung

Mit Volker Igstadt

ehem. Präsident des Verwaltungsgerichts Kassel

10:00 Uhr: Begrüßung & Eröffnung durch Didem Laçın Karabulut, Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI)

10:30 Uhr: Thematische Einführung mit Volker Igstadt

Arbeitsgruppen:

Bedarfe zeitgemäßer gesetzlicher Verankerung

12:30 Uhr: Mittagspause

Plenum:

Ausarbeitung eines Positions- und Forderungspapiers

18:00 Uhr: Abendessen

Sonntag, 06.12.2026

Gesellschaftspolitische Verantwortung – Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Mit Vorträgen von

Prof. Dr. Benno Hafeneger

Erziehungswissenschaftler

Enis Gülegen

agah-Vorsitzender

bis 9:00 Uhr: Frühstück

9:30 Uhr: Vorträge & Diskussion mit
Prof. Dr. Benno Hafeneger & Enis Gülegen

12:30 Uhr: Mittagspause

Entwicklung konkreter Handlungsmöglichkeiten

Obst, Kaffee, Kuchen & Abreise

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bei der Platzvergabe wird eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Plätze auf die Landesverbände angestrebt. Es wird keine Teilnahmegebühr erhoben. Fahrtkosten können nicht erstattet werden.



Förderverein des
Bundeszuwanderungs-
und Integrationsrat e. V.

agah

Landesausländerbeirat

Modernisierung und Weiterentwicklung der Beiräte am Beispiel der Hessischen Gemeindeordnung

Hessen nimmt bei der gesetzlichen Verankerung kommunaler Ausländerbeiräte eine besondere Stellung ein: Bereits 1993 wurden die kommunalen Ausländerbeiräte als erste in Deutschland in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gesetzlich verankert. Damit war Hessen bundesweit Vorreiter bei der institutionellen Beteiligung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf kommunaler Ebene.

Die entsprechenden Regelungen der HGO wurden seither mehrfach novelliert und dabei in wesentlichen Punkten zuungunsten der Beiräte verändert. Die ursprüngliche Vorreiterrolle Hessens steht damit heute in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum Modernisierungsbedarf der geltenden gesetzlichen Grundlagen.

Gerade deshalb eignet sich die HGO in besonderer Weise als Beispiel für eine kritische Bestandsaufnahme und notwendige Modernisierungsansätze. Ausgehend von den hessischen Regelungen sollen die Teilnehmenden untersuchen, welche gesetzlichen Voraussetzungen ein zeitgemäßer, demokratisch legitimierter und wirksamer Beirat benötigt.

Dabei geht es insbesondere um Fragen der demokratischen Legitimation, Wahl, Aufgaben, Beteiligungs- und Informationsrechte, institutionellen Stellung sowie der personellen und sachlichen Ausstattung und nicht zuletzt eines zeitgemäßen Namens der Beiräte.

Die hessische Gemeindeordnung dient dabei ausdrücklich nicht als alleinige Bezugsgröße, sondern als Ausgangspunkt für einen bundesländerübergreifenden Erfahrungsaustausch. Gemeinsam sollen Anforderungen und Mindeststandards entwickelt werden, die unabhängig von den unterschiedlichen landesrechtlichen Modellen für eine zeitgemäße gesetzliche Verankerung kommunaler Migrant*innenbeiräte gelten sollen.

Ein zentrales Ergebnis des Seminars soll die Grundlage für ein Positions- und Forderungspapier mit bundesweiten Mindeststandards für kommunale Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeiräte bilden.



Gesellschaftspolitische Verantwortung – Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Der zunehmende Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stellt die kommunalen Beiräte vor eine besondere gesellschaftspolitische Aufgabe. Denn rassistische, migrationsfeindliche und menschenfeindliche Positionen richten sich unmittelbar gegen die Menschen, deren Interessen die Beiräte vertreten.

Gleichzeitig bedrohen sie die Grundlagen einer offenen, vielfältigen und demokratischen Gesellschaft. Damit stellt sich für die Beiräte nicht nur die Frage, wie sie auf diese Entwicklung reagieren, sondern auch, welche eigene Verantwortung ihnen dabei zukommt. Wer, wenn nicht die demokratisch legitimierte Interessenvertretungen von Menschen mit Migrationsgeschichte, soll sich vor Ort besonders deutlich gegen Ausgrenzung, Rassismus und Rechtspopulismus positionieren? Und wann, wenn nicht jetzt, ist es angesichts der aktuellen Entwicklungen notwendig, diese Rolle offensiv wahrzunehmen?

Die Beiräte verfügen über eine besondere Perspektive und über kommunalpolitische Erfahrungen, die sie zu wichtigen Akteuren im demokratischen Gemeinwesen machen. Sie können Entwicklungen frühzeitig wahrnehmen, Betroffene sichtbar machen, politische Debatten versachlichen und Bündnisse für Demokratie und Menschenrechte initiieren.

Das Seminar soll deshalb nicht bei der Analyse der Gefahren des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stehen bleiben. Es soll vielmehr die Frage beantworten: Welche besondere Rolle und Verantwortung können und müssen kommunale Beiräte im Kampf gegen Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus übernehmen?

Gemeinsam sollen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die kommunale Praxis entwickelt werden. Dabei geht es unter anderem um den Umgang mit rechtspopulistischen Provokationen und Angriffen, um öffentliche Stellungnahmen, politische Bündnisse, die Ansprache der Mehrheitsgesellschaft sowie um die Frage, wie Beiräte ihre eigene Stimme und ihre besondere gesellschaftspolitische Funktion wirksam einsetzen können.

Ziel ist es, die Beiräte nicht nur als Interessenvertretungen, sondern auch als aktive demokratische Akteure und Verteidiger einer vielfältigen und solidari-schen Gesellschaft zu stärken. Im Mittelpunkt steht damit nicht nur die Analyse, sondern die gemeinsame Entwicklung konkreter Handlungsmöglichkeiten für die Arbeit vor Ort.

